

Mai 2024

Die AfD steht gegen alles, wofür wir als Gewerkschaften stehen.

Positionspapier der ver.di Bundesfachgruppe Luftverkehr und Maritime Wirtschaft

An unseren Arbeitsplätzen in der Maritimen Wirtschaft und im Luftverkehr sind Menschen aus der ganzen Welt, mit und ohne deutschen Pass beschäftigt. Als Gewerkschafter:innen bekommen wir tagtäglich ihre Ängste und Sorgen zu spüren. Viele Menschen, die hier aufgewachsen und zur Schule gegangen sind, einer Arbeit nachgehen, eine Familie gegründet haben, Steuern zahlen, oft die deutsche Staatsbürgerschaft haben, stellen sich und uns die Frage, was aus ihnen wird, sollte die AfD an die Macht gelangen. Kolleg:innen erzählen von ihrer Angst um ihre Enkelkinder, da ein Elternteil aus einem andern Land gekommen ist und sich in Tochter oder Sohn verliebt hat. Deren Kinder fragen, ob sie das Land verlassen müssen, weil Mutter oder Vater oder Oma und Opa, aus einem anderen Land hierhergekommen sind. Weil sie als Arbeitskräfte gebraucht wurden oder vor Krieg und Verfolgung fliehen mussten. Wir dürfen diese Menschen, unsere Kolleginnen und Kollegen mit ihrer Angst nicht allein lassen.

Parteien, die Toleranz, gleiche Rechte für alle, Transparenz und Vielfalt und damit die Demokratie infrage stellen, gehören nicht in unsere Parlamente.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen wir täglich für unsere Rechte und Interessen. Ohne Solidarität ist das nicht möglich. Vieles läuft derzeit falsch. Die soziale Spaltung vertieft sich und die Ungleichheit wächst. Allen Versprechungen zum Trotz sollen weitgehend Lohnabhängige die Kosten der aktuellen Krisen tragen. An zu wenigen Lehrkräften, Kitaplätzen, zu teuren Wohnungen u. ä. sollen Geflüchtete und andere hilfebedürftige Menschen schuld sein.

Die AfD ist keine Alternative für uns! Im Gegenteil: Mit ihrer Hetze und der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, will sie unter den abhängigen Beschäftigten durch Spaltung den Boden bereiten, damit sich arbeitgebernahe Positionen durchsetzen können: z.B. ist die AfD gegen den Mindestlohn, für eine Absenkung des Bürgergeldes und gegen die Bekämpfung von Niedriglöhnen. Sie lehnt höhere Steuern für sehr Reiche ab und vertritt die Position, dass die normale Bevölkerung draufzahlen soll.

Inzwischen haben die Anhänger:innen des überzeugten Faschisten Björn Höcke in der AfD das Ruder übernommen. Das erinnert uns an dunkle Zeiten. Schon vor 1933 haben SA Banden Gewerkschafter:innen zusammengeschlagen und ermordet und Gewerkschaftshäuser besetzt. Nach der Machtergreifung steigerte sich die Hetze und Verfolgung. Mitglieder der Arbeiterparteien SPD und KPD sowie der Gewerkschaften wurden verhaftet und in von der NSDAP errichteten KZs gefangen gehalten und gefoltert. Am 2. Mai 1933 war es mit den freien Gewerkschaften vorbei: Ihre Häuser wurden besetzt, die Streikkassen beschlagnahmt, die Leitungen aller Ebenen entfernt und durch NSDAP Mitglieder ersetzt. Unter der Nazi-Herrschaft gab es keine freien Gewerkschaften und kein Streikrecht. Dabei wissen wir: Ohne große Streiks gäbe es weder das Streikrecht, noch Betriebsräte, noch freie Tarifverhandlungen, noch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Viele Arbeitnehmer:innen fürchten sich bei einer Rechtsregierung vor einem beschleunigten Sozialabbau und der weiteren Abschaffung demokratischer Rechte. Es gilt, dem rechtspopulistischen Trend klare Kante zu zeigen. Wir müssen all denjenigen eine Rote Karte zeigen, die die Demokratie und unseren Sozialstaat untergraben wollen.

Warum die AfD aus Sicht der Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften nicht wählbar ist!

Die AfD will deregulieren (Grundsatzprogramm 2016.Kapitel 10,5 S 68). „Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes wirtschaftliches Umfeld aufbauen. Wir wollen auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen“. Durch Abschaffung von ineffiziente(n) Regulierungen und „Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Regeln“ sollen neue Freiheiten für Unternehmer geschaffen werden.

Hier entpuppt sich die AfD als neoliberale Elitenpartei, der es eher um den maximalen Gewinn der privatwirtschaftlichen Unternehmer und nicht um den Schutz der Arbeitnehmerinnen, der Umwelt und der Gesundheit geht. Denn viele der angeblich störenden gesetzlichen Regelungen garantieren soziale oder ökologische Standards. Sie sagt nicht einmal genau, welche der bestehenden Regeln sie verändern will, womit sie jeglicher Ausbeutung Tür und Tor öffnet.

Die AfD ist gegen die Gleichstellung von Männern und Frauen. (Grundsatzprogramm, 2016.Kapitel 8.3, S 55) Die Gender – Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch, korrigiert werden

Frauen zurück an den Herd? Hier zeigt die AfD deutlich ihr konservatives Familienbild. Sie ist gegen eine wirksame Gleichstellungspolitik. So übergeht sie einfach den Fakt, dass Frauen für dieselbe geleistete Arbeit im Durchschnitt ein Viertel weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen erhalten und die Anzahl von Frauen in Führungspositionen immer noch sehr gering ist.

Die AfD bekennt sich zur „traditionellen Familie“ betont diese als „wertgebende, gesellschaftliche Grundeinheit“ und wendet sich gegen einen „falsch verstandene(n) Feminismus“, der „einseitig Frauen im Erwerbsleben“ schätze. Zudem müsse den „demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland (..) entgegengewirkt werden.“ Eine „volkswirtschaftliche nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung (sei) dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung (..) erreicht werden.“ (Grundsatzprogramm, 2016.Kapitel 6.1,6.2, S 41)

Die AfD legt den Menschen in Deutschland die Gründung einer „traditionellen“ Familie (Vater, Mutter viele Kinder) nahe und wertet dabei andere Modelle (Homo -Ehe, Patchwork-Familien, Alleinerziehende etc) ab. Das Problem, dass die Einwohnerzahl in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten trotz starker Einwanderung sinken wird, sollen nach Ansicht der AfD nun die (deutschen) Frauen als Gebärmaschinen ausbaden. Das Einwanderung „volkswirtschaftlich nicht tragfähig“ sei, ist falsch und ignoriert die Tatsache, dass Deutschland nach wie vor wirtschaftlicher Musterschüler ist.

Die AfD will zu grundlegenden Reformen bei der Sozialversicherung kommen. (Grundsatzprogramm 2016.Kapitel 5.4.1, S 37) „Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands leidet unter dem jetzigen System. Die „hohe Abgaben“ würden sich auch „negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer“ auswirken. Nur so könnten „die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben.“

Die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge bedeutet geringere Renten. Dem Grundsatz nach hat sich die paritätisch finanzierte gesetzliche Sozialversicherung sehr bewährt: Die gesetzliche Rente, die Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sorgen für eine solidarische Bewältigung von allgemeinen Lebensrisiken. Beitragssenkungen führen entweder zur Leistungskürzungen oder zur Notwendigkeit unsolidarischer privater Vorsorge, die sich nur ein Teil der abhängig Beschäftigten überhaupt leisten kann.

Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen und ihre Aufgaben vor allem auf kommunale „Jobcenter“ übertragen. Danach gibt es nur noch einen öffentlichen Dienstleister am Arbeitsmarkt: das kommunale Jobcenter. (Grundsatzprogramm, 2016.Kapitel 5.2, S 36)

Die Abschaffung der Bundesagentur und Übertragung ihrer Aufgaben auf die Jobcenter bedeutet im Klartext Hartz IV für alle. Die Hartz-IV-Reform hat nicht nur zur Verarmung und Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile geführt, sondern ist Haupt- Ursache des Anstiegs prekärer Beschäftigung. Politik für die normale Bevölkerung sieht anders aus.

Die AfD möchte eine Änderung der Arbeitsgesetze (Grundsatzprogramm 2016.Kapitel 5.1 S 36) Unter der Überschrift „Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreien“ wird ein Arbeitsgesetzbuch gefordert, das die „Einzelgesetze (...) zusammengeführt“ und einer überbordenden und uneinheitlichen Rechtsprechung ein Ende bereitet.“

Hier werden die Arbeitnehmerrechte beschnitten. Ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch wird seit über 50 Jahren immer wieder vor allem von Arbeitgebern gefordert und im Bundestag diskutiert. Arbeitsgesetze und Rechtsprechung sind ausdifferenziert und keineswegs uneinheitlich, viele in der Zeit vor dem neoliberalen Mainstream geschaffene Normen dienen dem Schutz der Arbeitnehmer:innen. Bei einer solchen Reform wären Verschlechterungen vorprogrammiert.

Die AfD will „die Staatsaufgaben (..) reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger(..) reduzieren“ (Grundsatzprogramm, 2016.Kapitel 11.2 S 74). Dazu will sie eine „Steuer- und Abgabebremse im Grundgesetz“ festschreiben, bei der eine „maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt“ festgeschrieben wird. So sollen Steuer- und Abgabenerhöhungen gebremst werden.

Eine solche Steuer- und Abgabebremse würde unweigerlich zu geringeren Steuereinnahmen führen. Und darunter würden vor allem Geringverdiener leiden, denn staatliche Leistungen wie Sozialhilfe, Elterngeld, Kindergeld, Jugendhilfe, Wohngeld usw. müssten dann wohl eingeschränkt werden. Zusätzlich fehlt notwendiges Geld für Investitionen in die Infrastruktur (Schulen, Straßen etc.). Verfall oder Schuldenaufbau wären die Folgen.

Die AfD scheint überall die Gefahr des Sozialismus zu wittern – selbst in der EU (Grundsatzprogramm, S. 50)! Zugeständnisse an die anderen Mitgliedsländer wie gemeinschaftliche Schuldenaufnahme sind der AfD zuwider (51 ff.)

Die EU ist eine Wirtschaftsunion, von der Deutschland als Exportnation stark profitiert. Die Interessen von Arbeitern, Angestellten und deren Gewerkschaften sind weder bei der AfD noch in der praktischen EU-Politik von großer Bedeutung. Das Gespenst der EU als „planwirtschaftlichen Superstaat“ (S. 30) mit „sozialistischer Gemeinschaftshaftung“ (S. 50) heraufzubeschwören hat mit der Realität nichts zu tun, sondern spiegelt nur die nationalistische Grundhaltung der AfD wider.

Wir sagen und werben bei unseren Kolleginnen und Kollegen für ein Nein zur AfD! Keine Stimme für die AfD! Unsere Solidarität gilt allen Kollegen und Kolleginnen – mit und ohne Migrationsgeschichte.